

Auszug aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 09.04.2019

Einwände gegen die Tagesordnung

Kurt Baier beantragt, dass die beiden Anträge zu TOP 6 und 7 gemeinsam behandelt werden. Seiner Ansicht nach ähneln sich die Anträge inhaltlich.

Anneliese Euler gibt zu bedenken, dass die beiden Anträge unterschiedliche Ziele verfolgen. Die SPD-Fraktion strebt eine Bürgerinformationsveranstaltung und –abstimmung zum Thema „Glattbach nach Aschaffenburg“ an, der CSU-Ortsverband hingegen eine Bürgerinformation über die Leistungsfähigkeit der Gemeinde Glattbach. Die Leistungsfähigkeit kann jeder Bürger im Haushaltsplan nachlesen, so Anneliese Euler.

Der Gemeinderat spricht sich mehrheitlich dafür aus die Anträge gemeinsam zu behandeln.

Abstimmung: 7 : 5

1. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 12.03.2019

Es werden keine Einwände erhoben, die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmung: 12 : 0

2. Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung; Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs in Glattbach – Beratung über die Aufteilung der Überwachungszeiten

Es wird Bezug auf die Gemeinderatssitzung vom 12.02.2019 genommen. Hier wurde eine Beratung zur Aufteilung der monatlichen Überwachungszeiten von dem Gemeinderatsmitglied Tobias Breitinger angeregt.

Zuletzt wurden die Überwachungszeiten gem. Gemeinderatsbeschluss vom 16.02.2016 auf jeweils 10 Stunden pro Monat für den fließenden und ruhenden Verkehr erhöht.

Im Kalenderjahr 2018 wurden 1.249 Fahrzeuge gemessen, die die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschritten haben. 224 Fahrzeuge wurden verwarnet, da sie widerrechtlich abgestellt wurden.

Tobias Breitinger erklärt, dass er keine Erhöhung der Zeiten anstrebt. Vielmehr spricht er sich für eine Erweiterung der Überwachung in den Abendstunden aus. Neben der Hauptstraße sollte auch ein Augenmerk auf die Nebenstraßen gelegt werden. Die Anwohner sollte hierdurch angehalten werden die vorhandenen Privatstellflächen zu nutzen.

Johannes Bernhard ist der Meinung, dass sich die bisherigen Überwachungszeiten bewährt haben. Man sollte von einer Erhöhung absehen. Eine unregelmäßige Überwachung, auch in den späteren Stunden befürwortet er.

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Überwachung verstärkt in den Abendstunden und auch am Wochenende vorgenommen wird. Eine Erhöhung der monatlichen Überwachungsstunden erfolgt nicht.

Abstimmung: 12 : 0

3. Grundschulgelände Am Scharfen Eck 3; Verunreinigung Pausenhof und Tartanplatz

Es wird Bezug auf die E-Mail eines Grundstücknachbars vom Pausenhof der Grundschule vom 01.03.2019 an den Gemeinderat genommen.

Der Anwohner berichtet, dass die hohe Frequentierung des Geländes Pausenhof und angrenzendem Sportplatz regelmäßig zu sehr viel Verschmutzung besonders durch Glasscherben, Verpackungsmüll etc., aber auch durch hohe Lautstärke durch Musikgeräte in den wärmeren Jahreszeiten bis spät nach 22 Uhr führt.

Insbesondere geht er auf einen aktuellen Vorfall vom Sonntag, 24.02.2019 ein. Hier wurden bewusst Glasflaschen auf dem Boden des Pausenhofes zertrümmert.

Es wird um eine Beratung im Gemeinderat gebeten.

Klaus Däsch berichtet in seiner Funktion als Schulhausmeister von den jüngsten Vorfällen, diese waren Extremfälle. Schockiert ist er darüber, dass die Glasscherben von hochprozentigen Alkoholika stammen. Er betont, dass die Vorfälle nicht dem Jugendraum, bzw. Jugendteam zuzuordnen sind. Weiterhin berichtet er von Gesprächen mit den Anwohnern. Der Tartanplatz sollte seiner Meinung nach für die Jugendlichen geöffnet bleiben, damit diese eine Anlaufstelle im Ort haben. Den Anwohnern hat er seine Handynummer ausgehändigt, er erklärt sich bereit bei Vorfällen direkt vor Ort zu gehen.

Der Jugendbeauftragte Jürgen Meßenzehl äußert, dass von Seiten der Verwaltung schon alles Mögliche unternommen wurde und lobt den Hausmeister für seinen Einsatz.

Anneliese Euler möchte wissen, wie oft es in der Vergangenheit zu solchen Vorfällen kam. Bürgermeister Fridolin Fuchs und Klaus Däsch berichten, dass solche Vorkommnisse immer mal wieder auftreten. Derzeit haben sich die Vorfälle allerdings gehäuft.

Von Anneliese Euler wird angeregt eine Dog-Station am Schulgelände zu installieren. Jürgen Meßenzehl hält dies nicht für sinnvoll. Vernünftige Hundehalter nutzen den Pausenhof nicht zum Ausführen ihrer Hunde.

Bürgermeister Fridolin Fuchs fasst zusammen, dass der Tartanplatz für die Jugendlichen auch künftig geöffnet bleibt, bei Vorfällen ist der Schulhausmeister telefonisch für die Anwohner erreichbar. Bei erneutem Anlass wird der Gemeinderat nochmals beraten.

4. Voruntersuchungen für die Errichtung einer Dreifachturnhalle und eines Feuerwehrgerätehauses am Standort Weihergrund; weitere Vorgehensweise Hier: Rückmeldungen von der Freiwilligen Feuerwehr Glattbach und des Turnvereins 1895 e. V. Glattbach

Es wird Bezug auf die Gemeinderatssitzung vom 15.01.2019 genommen.

Hier wurde über die weitere Vorgehensweise hinsichtlich der Standortprüfung „Schulsportgelände Weihergrund“ beraten. Nach eingehender Diskussion sprach sich der Gemeinderat einstimmig dafür aus, die Feuerwehr und den Turnverein zunächst hinsichtlich Nutzungskonzept und Interesse an diesem Standort anzufragen.

Es liegen folgende Antwortschreiben der Gemeindeverwaltung vor:

Freiwillige Feuerwehr Glattbach:

Die Feuerwehr hat ihren Jahreskalender 2019 übersandt. (Siehe Anlage)

Aktuell finden zwei regelmäßige Übungs- bzw. Ausbildungsabende pro Woche statt.

Die aktive Mannschaft der Feuerwehr trifft sich momentan jeden Montag um 19.00 Uhr und die Jugendfeuerwehr jeden Donnerstag ebenfalls um 19.00 Uhr.

Die Kinderfeuerwehr trifft sich zurzeit einmal im Monat an einem Samstagmittag. Ebenfalls in oder am Feuerwehrhaus, je nach Ausbildungsthema.

Die Gruppenführer treffen sich im Abstand von aktuell sechs Wochen zu Besprechungen und internen Fortbildungen.

Im Jahresdurchschnitt wird die Feuerwehr Glattbach zu 30 – 40 Einsätzen alarmiert.

Offizielle Festlichkeiten sind alle vier Jahre der Florianstag an einem Sonntagvormittag gemeinsam mit den Johannesberger Feuerwehren, das Weißwurstfrühstück am Pfingstmontag, Anfang Oktober der Kameradschaftsabend an einem Samstag und in der Vorweihnachtszeit die jährliche Weihnachtsfeier, die i. d. R. sonntags stattfindet. Nach der Weihnachtszeit erfolgt i. d. R. am Samstag nach hl. Drei König die Christbaumaktion.

Der Schulungsraum des Feuerwehrgerätehauses wird ab und zu von der Gemeinde für Sitzungen bzw. Wirtshaussingen genutzt oder von Vereinsmitgliedern für private Feiern gemietet. Diese Veranstaltungen gehören für die Freiwillige Feuerwehr zu den nicht planbaren Events.

Der Gerätewart muss regelmäßig alle Fahrzeuge und Geräte auf ihre Funktion hin überprüfen. Mitglieder der Feuerwehrführung erledigen oft in den Abendstunden die anstehenden Verwaltungsaufgaben im Kommandantenzimmer.

Die Feuerwehr führt in ihrem Schreiben folgende Aspekte auf, die Gründe für eine Veränderung des Feuerwehrgerätehauses sind:

- Am Standort „Am Scharfen Eck“ besteht keine Erweiterungsmöglichkeit.
- In der Fahrzeughalle besteht höchste Unfallgefahr. Die Feuerwehrdienstleistenden müssen sich zwischen und hinter den Fahrzeugen für den Einsatz und für die Übung ausrüsten. Das gefährliche hieran ist die enge Situation, die durch vier Fahrzeuge und zwei Anhänger hervorgeht. All das inklusive Materiallager und Schlauchpflege sind auf einer Fläche – nach aktueller Feuerwehrgerätehausnorm – von 2,5 Stellplätzen untergebracht.

- Eine Trennung zwischen den beiden Geschlechtern ist nicht realisierbar, ebenso wenig wie ordentliche Waschgelegenheiten.
- Die Parksituation um das Feuerwehrhaus ist im Einsatzfall sowie an Übungen nicht ausreichend.
- Übungen am Feuerwehrhaus sind ohne Beeinträchtigung der Nachbarschaft nicht möglich.
- Die Abdichtung der Terrasse zur Fahrzeughalle und Balkon sind undicht.
- Das Feuerwehrhaus, soll im Unwetterfall eine sichere Anlaufstelle für die Bevölkerung sein.
- Durch den Ausbau des Ölabscheiders und der Einleitung des Oberflächenwassers vom Hof in den Bachlauf können kontaminierte Einsatzfahrzeuge nicht am Standort gereinigt werden.
- Gemäß der Energieeinsparungsverordnung für öffentliche Gebäude besteht im aktuellen Feuerwehrgerätehaus dringender Handlungsbedarf.
- Die Heizungsanlage ist überaltert und verbraucht jährlich rund 40.000 kWh Strom.
- Die Wasserleitungen sind unrein, übelriechendes Wasser fließt aus manchen Zapfstellen.

Das Führungsteam der Feuerwehr und der Kommandant laden die Gemeindeverwaltung, sowie den Gemeinderat gerne zur ausgiebigen Besichtigung des Feuerwehrgerätehauses ein.

Aus der schalltechnischen Voruntersuchung ging hervor, dass zu prüfen sei, ob die Feuerwehr bei kleinen Einsätzen nur mit Blaulicht und ohne Martinshorn in den Nachtstunden ausrücken kann. Dazu verweist die Freiwillige Feuerwehr auf die §§ 35 und 38 STVO. Hieraus geht hervor, dass Sonder- und Wegerechte bei Einsatzfahrten nur bei Nutzung von Blaulicht in Verbindung mit Martinshorn gelten. In den letzten fünf Jahren kam es zu zwölf Einsätzen, die zwischen 22.00 und 6.00 Uhr alarmiert wurden. Einen „kleinen“ oder „großen“ Einsatz gibt es beim Ausrücken der Feuerwehr nicht. Das Ausmaß des alarmierten Notfalls wird immer erst an der Einsatzstelle ersichtlich.

Die Freiwillige Feuerwehr vertritt die Ansicht, dass der vorgeschlagene Standort „Sportplatz Weihersgrund“ für ein Feuerwehrgerätehaus nur bedingt geeignet ist. Es ist schon nach der schalltechnischen Voruntersuchung mit Beeinträchtigung des gesamten Wohnumfeldes zu rechnen. Ein Kinderspielplatz und ein Kindergarten als direkte Nachbarn erhöhen zudem das Gefahrenpotenzial einer Alarmfahrt und das Anfahren der anrückenden Feuerwehrdienstleistenden. Sollte es in naher Zukunft zu einer Ausweisung des Baugebiets Weihersgrund-Linsenberg kommen, würde das Feuerwehrgerätehaus wieder ringsum in einem Wohngebiet eingefasst sein und eine zukünftige Veränderung wäre wiederum schlecht realisierbar.

Für ein zukunftssicheres und für die Feuerwehr uneingeschränkt nutzbares Gerätehaus sollte daher ein anderer Standort gesucht werden. Beispiele wurden 2016 bereits vorgeschlagen.

Hilfestellung für die Planung und Beurteilung des Feuerwehrgerätehauses geben der Feuerwehrbedarfsplan, der KUVB als Versicherer und die Kreisbandinspektion Aschaffenburg. Alle in Kooperation mit der Führung der Freiwilligen Feuerwehr Glattbach.

Turnverein 1895 e. V. Glattbach:

Der Turnverein kann sich grundsätzlich vorstellen eine Sporthalle am Weihersgrund zu errichten. Da der Turnverein nur ein Sportgelände betreiben kann bedeutet das im Umkehrschluss, dass das derzeitige Gelände an der Jahnstraße aufgegeben werden müsste.

Sichergestellt werden soll, dass der TVG auch am Standort Weihergrund seine derzeitigen sportlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten durchführen kann.

Dabei ist an erster Stelle der Sportbetrieb gemeint, der sich werktags auf die üblichen Zeiten bis 22.00 Uhr abends beschränkt. Um ein vorzeitiges Ende des Sportbetriebes bereits auf 21.30 Uhr zu umgehen, sollten im Idealfall spezielle, lärmgeschützte Parkplätze, vorgesehen werden.

Weiterhin möchte der Turnverein auch in Zukunft gesellige und/oder kulturelle Veranstaltungen im Rahmen von seltenen Ereignissen wie z. B. den „Bayerischen Bierabend“ zur Maibaumaufstellung, eine Faschingsveranstaltung oder Konzerte durchführen. Eine freiwillige Beschränkung dieser Veranstaltungen auf eine Anzahl von 6 – 8 pro Jahr ist aus der Sicht des Turnvereins denkbar.

Selbstverständlich ist für ein lebendiges Vereinsleben auch ein Clubraum unabdingbar. Wohlgedacht sollte diese Räumlichkeit nur für Vereinsmitglieder zur Verfügung stehen, keinesfalls soll eine öffentliche Gaststätte betrieben werden.

Diese Möglichkeiten müssen natürlich noch mit den Mitgliedern des Turnvereins 1895 e. V. Glattbach abgestimmt werden.

Ungeachtet dessen, würde sich der Turnverein über eine Unterstützung seitens der Gemeinde sehr freuen um seinen Mitgliedern auch langfristig eine Perspektive aufzeigen zu können.

Kurt Baier nimmt Bezug auf die Januar-Sitzung, hier wurde die schalltechnische Voruntersuchung vorgestellt. Er hält es für einen Schildbürgerstreich, wenn die beiden Einrichtungen, insbesondere das Feuerwehrgerätehaus, auf dem Gelände im Weihergrund errichtet werden und hier schon Probleme zu erwarten sind. Beide Einrichtungen gehören seiner Meinung nach am Ortsrand platziert, weil dort kaum Konflikte mit Nachbarn zu erwarten sind. Südlich des Rewe-Marktes sieht der Flächennutzungsplan eine Fläche für ein Sondergebiet (Turnhalle) vor, diese liegt im Gewerbegebiet und neben dem Mischgebiet.

Er regt an erneut mit den beiden Vereinen zu sprechen.

Johannes Bernhard gibt zu bedenken, dass derzeit kein neues Gewerbegebiet in Glattbach ausgewiesen wurde. Die Feuerwehr wird als Pflichtaufgabe der Gemeinde gesehen. Am derzeitigen Standort „Am Scharfen Eck“ herrschen unhaltbare Umstände. Mittelfristig ist keine Fläche im Gewerbegebiet verfügbar, da die im Jahr 2016 vorgeschlagene Fläche gegenüber der Schreinerei Helfrich im Baugebiet Hohlacke/Auf der Beine lag.

Er schlägt vor als nächstes mit dem Landratsamt unter Vorlage der heute vorgestellten Nutzungskonzepte Gespräche zu führen.

Bürgermeister Fridolin Fuchs weist darauf hin, dass die Kreisbaumeisterin im letzten Gespräch eine Machbarkeitsstudie angeregt hat.

Von Anneliese Euler wird die Erstellung einer Machbarkeitsstudie befürwortet. Sie regt an mögliche Standorte im Flächennutzungsplan zu suchen.

Von Kurt Baier wird die letzte Flächennutzungsplanänderung in Erinnerung gerufen, hier wurde die Sondergebietsfläche südlich des Rewe-Marktes ausgewiesen. Der Flächennutzungsplan ist für jedermann öffentlich zugänglich.

Christopher Knoll-Watkins spricht sich für Gespräch mit den Vereinen aus und regt an die Planungen aktiv weiterzuführen.

Abschließend stellt Johannes Bernhard noch einmal klar, dass die Gemeinde Glattbach keinen Turnhallenbau vornehmen wird. Dies ist Aufgabe des Turnvereins, die Gemeinde wird nur unterstützend tätig.

Der Gemeinderat fasst folgenden Beschluss:

Zunächst sollen noch einmal Gespräche mit den Vereinen und dem Landratsamt geführt werden, die Ergebnisse sollen dem Gemeinderat in einer Sitzung vorgestellt werden. Anschließend wird über eine Machbarkeitsstudie entschieden.

Abstimmung: 12 : 0

5. Erstellung eines Baumkatasters – Auftragsvergabe

Es zeigt sich immer mehr, wie groß das Gefahrenpotenzial in Bäumen steckt. Neben Stürmen und Orkanen kommt es auch bei ganz normaler Witterung immer wieder zu Schäden durch umstürzende Bäume und herabfallenden Äste. Kollisionen mit Ästen, die in den Straßenraum hineinragen, ziehen ebenfalls häufig Schäden nach sich. Da der Baumeigentümer für die Verkehrssicherheit seiner Bäume (wozu auch z. B. die Standsicherheit von Bäumen gehört) verantwortlich ist, sind Baumkataster notwendige Werkzeuge, um dieser Aufgabe nachkommen zu können. Besonderes Augenmerk liegt hier auf der Erfassung von Bäumen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen (bspw. Spielplätze, Gemeindliche Gebäude, stark frequentierte Fußgängerwege...)

Ein Baumkataster soll alle relevanten Daten beinhalten, die zum einen für die Bestandsaufnahme und Identifizierung der einzelnen Bäume nützlich sind, sowie eine Gesamtauswertung des Bestandes nach unterschiedlichen Gesichtspunkten ermöglichen.

Jede Baumkontrolle ist mit einer Aussage zur Stand- und Bruchsicherheit abzuschließen.

Es wird hierzu noch einmal Bezug auf die Gemeinderatssitzung vom 15.01.2019 genommen, hier hatte der gemeindliche Förster Volker Schiller im Zusammenhang mit der Vorstellung des Forstwirtschaftsplanes 2019 auf die zu erwartenden Schäden an den Bäumen aufgrund des Rekordsommers im vergangenen Jahr hingewiesen. Insbesondere deshalb riet er zu einer erhöhten Verkehrssicherungspflicht an den öffentlichen Plätzen (z.B. Waldspielplatz). In diesem Zusammenhang sollte über die Erstellung eines Baumkatasters nachgedacht werden.

Von der Verwaltung wurden 3 Firmen angefragt.

2 Firmen haben telefonisch mitgeteilt, dass sie aufgrund Arbeitsauslastung kein Angebot abgeben können, der Gemeinde Glattbach aber die Kontaktaufnahme mit dem Büro Kommunaler Baum, Felix Gutbrod – Hösbach empfehlen. Dieses Büro ist auf die Erstellung von Baumkataster spezialisiert.

Von der Fa. Kommunaler Baum – Baumsachverständigenbüro Felix Gutbrod in Hösbach liegt ein Angebot vom 07.03.2019 vor. Die Angebotssumme beläuft sich auf 11,31 € brutto je Baum.

Tobias Breitinger stellt fest, dass bei rd. 1.000 Bäumen Kosten von rd. 11.000 € brutto anfallen. Er möchte wissen, wie häufig die Bäume zu kontrollieren sind.

Es wird mitgeteilt, dass zweimal jährlich eine Besichtigung durchzuführen ist (einmal im Laubbestand und einmal danach).

Kurt Baier möchte wissen, wie hoch die jährlichen Folgekosten sind. Die Mitteilung wäre für die Entscheidungsfindung wichtig.

Johannes Bernhard bittet um Einholung eines weiteren Angebotes, deshalb schlägt er vor die Entscheidung zu vertagen.

Ursula Maidhof bittet um Klärung, welche Bäume tatsächlich zu erfassen sind. Hierzu soll ein Gespräch mit dem Förster geführt werden und die Grenze zwischen Wald und Ortsgebiet ermittelt werden.

Der Gemeinderat vertagt die Entscheidung. Die Verwaltung wird beauftragt mindestens ein weiteres Angebot einzuholen, sowie die jährlichen Folgekosten für die Begutachtung in Erfahrung zu bringen.

Abstimmung: 12 : 0

6. Antrag SPD-Fraktion vom 24.03.2019;

Thema „Anschluss der Gemeinde Glattbach an die kreisfreie Stadt Aschaffenburg“

Bürgermeister Fridolin Fuchs bittet die Antragstellerin Anneliese Euler um Erläuterung ihres Antrags.

Zu Beginn verliest die Fraktionssprecherin eine Vorbemerkung:

Der Antrag der SPD richtet sich nicht gegen den Bürgermeister, die Verwaltung oder den Gemeinderat. Die ihrer Ansicht nach geringe freie Finanzspanne war der Grund für die Antragsstellung. Eine Eingemeindung soll die Entwicklung von Glattbach vorantreiben. Der Antrag soll keine Fronten im Dorf aufbauen, er soll vielmehr ein Forum zur Diskussion bieten.

Von Bürgermeister Fridolin Fuchs wird die Formulierung des Antrages jedoch anders ausgelegt.

Folgende Anträge wurden durch die Fraktionssprecherin der SPD per E-Mail vom 24.03.2019 eingereicht:

1. Die SPD-Fraktion beantragt, baldmöglichst eine Bürgerversammlung zum Thema "Glattbach nach Aschaffenburg" einzuberufen, um die Bürger/innen über die Zukunftsperspektiven der Gemeinde zu informieren und den Bürger/innen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Auf diese Weise soll ein Meinungsbild in der Gemeinde zur Zukunft Glattbachs erreicht werden.
2. Des Weiteren beantragt die SPD-Fraktion, im Zuge der Europawahl am 26. Mai 2019 eine Bürgerabstimmung im Sinne des Art. 11 Abs. 4 der Gemeindeordnung über die Frage vorzunehmen, ob eine Eingemeindung von Glattbach in die kreisfreie Stadt Aschaffenburg befürwortet wird.

Vorschlag zur Formulierung des Stimmzettels für die Bürgerabstimmung:

Befürworten Sie eine Eingemeindung von Glattbach in die kreisfreie Stadt Aschaffenburg?

Ja / Nein

Beide Anträge sollten in der Gemeinderatssitzung am 09. 04. 2019 behandelt werden.

Folgende Begründung wurde dem Antrag beigelegt:

Wenn Glattbach wirklich weiter vorankommen will, kann es das in Anbetracht der desaströsen Unterfinanzierung kleiner Gemeinden nur mit Hilfe der Stadt Aschaffenburg erreichen. Das Dorf selber würde seinen eigenwilligen Charme dadurch keineswegs verlieren, sondern eher unterstreichen. Bei einer solchen Entscheidung müsste sich der Gemeinderat allerdings die Frage stellen, wie wichtig er sich selber oder wie wichtig er die Zukunft der Gemeinde sieht.

SPD-Ortsverein und -Fraktion haben schon vor der letzten Kommunalwahl öffentlich darüber nachgedacht, ob es für Glattbach ratsam wäre, sich nach Aschaffenburg zu orientieren. Diese Überlegung fand auch Niederschlag in ihrem Wahlprogramm.

Die abgelaufene Legislaturperiode hat gezeigt, wie schwer sich unsere kleine Gemeinde mit all den notwendigen öffentlichen Pflichtaufgaben tut. Sie versucht zwar tapfer, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln all die Aufgaben wie Bach-und Kanalsanierung, Straßenausbau, Schulsanierung und Neubau eines Feuerwehrhauses in Angriff zu nehmen und nebenher auch noch sinnvolle Projekte wie Umbau des Roncalli-Zentrums und Neubau einer Sporthalle zu unterstützen. Die geringe freie Finanzspanne indes setzt immer wieder Grenzen und lässt auch die kommunale Selbstverwaltung wie ein Trugbild erscheinen.

Das gescheiterte Neubaugebiet Hohlacke/Auf der Beine zeigt deutlich, dass die Gemeinde mit einem solchen Projekt an ihre Grenzen gestoßen ist. Trotz des Einsatzes von Gemeinderat und Verwaltung scheiterte das Vorhaben an der mangelnden Erfahrung und Professionalität bei der Durchführung, was letztendlich zum erfolgreichen Bürgerbegehren führte. Ein Neubaugebiet und ebenso ein wünschenswertes Gewerbegebiet, welche die Entwicklung von Glattbach positiv voran treiben könnten, sind dadurch allerdings in weite Ferne gerückt.

Die SPD sieht die Zukunft von Glattbach bei Aschaffenburg. Dabei nimmt sie ausdrücklich Bezug auf das Positionspapier von Siegfried Streck, dem Geschäftsleiter der Gemeinde Glattbach i. R., das ebenso wie die bei der Fraktionssprechersitzung am 19. 03. 2019 von der Verwaltung vorgestellten Zahlen als Grundlage für die Information und Meinungsbildung der Bevölkerung bei einer Bürgerversammlung angesehen werden. Diese sollte kurzfristig ange-setzt werden, um Gerüchte zu unterbinden und ein freies Meinungsbild zu fördern.

Wünschenswert wäre eine geheime Abstimmung bereits bei der Europawahl am 26. Mai 2019, um Zeit für die notwendigen verwaltungstechnischen Abläufe bis zur Kommunalwahl im kommenden Jahr zu gewinnen.

**7. Antrag CSU-Ortsverband Glattbach vom 28.03.2019;
Durchführung einer Bürgerinformation und Diskussion zur Leistungsfähigkeit der
Gemeinde Glattbach unter Einbeziehung von sachlicher und neutraler Expertise**

Dem Fraktionssprecher Kurt Baier wird das Wort erteilt, er fasst folgenden Antrag der CSU/Parteilos, der per E-Mail vom 29.03.2019 bei der Gemeindeverwaltung eingereicht wurde, zusammen:

- 1) Der Gemeinderat Glattbach möge beschließen, dass die Verwaltung der Gemeinde Glattbach, in geeigneter Form und unter Hinzuziehung von sachkundiger und neutraler Expertise, die Leistungsfähigkeit der Gemeinde Glattbach – insbesondere im Hinblick auf die zukünftig zu leistenden Aufgaben – der Glattbacher Öffentlichkeit darstellt, und zur inhaltlichen Diskussion einlädt.

Weiterhin sollen die rechtlichen Grundlagen und Notwendigkeiten erörtert werden, die einen solchen Schritt begründen könnten und dafür notwendig wären.

Alle möglichen weiteren Veranlassungen können nach dieser Darstellung und Diskussion ggf. durch den Gemeinderat beraten und beschlossen werden.

Ein Votum im Zuge der Europawahl wie von der SPD gefordert, wird – unter anderem – schon aus Gründen der nicht ausreichenden Zeit, die erforderlichen Informationen ausreichend darzustellen und die dazu notwendigen Diskussionen zu führen, abgelehnt.

Folgende Begründung wurde dem Antrag beigelegt:

Zurzeit wird in Glattbach wieder einmal eine Diskussion über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und finanzielle Ausstattung der Gemeinde geführt.

Aktueller Anlass ist ein Papier des seit einigen Jahren im Ruhestand befindlichen, ehemaligen geschäftsführenden Beamten der Gemeinde, das vor einigen Wochen allen Gemeinderatsmitgliedern zugestellt wurde. Hier werden seit langem bekannte Fakten zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Gemeinde dargestellt, die den Verfasser veranlassen, die erneute Diskussion über eine Eingemeindung Glattbachs nach Aschaffenburg auszulösen.

Der CSU-Ortsverband Glattbach begrüßt es ausdrücklich, und das soll dem Antrag vorangestellt werden, dass sich Gemeindebürger intensiv mit der Gemeinde, deren Aufgaben und deren Entwicklung auseinandersetzen. Das ist Bürgernähe in der überschaubaren Kommune.

Die Gemeinderatsfraktion CSU-Parteilos hatte deshalb auch unmittelbar nach der Zustellung des Papiers Kontakt zu dem Verfasser aufgenommen, die Inhalte des Schreibens sowohl auf Ihrer Klausurtagung im Februar diskutiert, als auch einen gemeinsamen Termin mit Herrn Streck vereinbart.

An diesem Termin konnte das Papier besprochen werden, kontroverse Ansichten, Einschätzungen und Argumente ausgetauscht, die Ansichten des Verfassers erläutert bekommen und zu hinterfragen, und auch die eigene Sichtweise darzustellen.

In der Fraktionssprechersitzung zu diesem Schreiben am 19.03.2019 hat sich die Fraktion deshalb eindeutig dafür ausgesprochen, dieses wichtige Thema in einer sachlichen und möglichst objektiven Form mit den interessierten Glattbachern zu diskutieren.

Das Anliegen ist viel zu ernst, um vielleicht nach einer subjektiv geführten, schnellen und emotionalen Auseinandersetzung und in völlig übereilter Form ohne ausreichende Informationen und Diskussion in der Gemeinde, ohne zwingend notwendige rechtliche Bewertung, unter dem irreführenden Vorwand „den Bürgerwillen zu berücksichtigen“, falsch und vor-schnell entschieden zu werden.

Die SPD-Fraktion kündigte dennoch in dieser Fraktionssprechersitzung die Vorlage eines Antrages an, der ebenfalls auf der Tagesordnung des Gemeinderates steht.

In dem SPD-Antrag wird ohne Not die Beratung dieses Themas in kürzester Zeit gefordert, und die Diskussion und Meinungsbildung mit einem inhaltlich und rechtlich fragwürdigen Votum bei der Europawahl – in 6 Wochen – quasi abgeschlossen, und damit das weitere Vor-gehen präjudiziert.

Dieses Vorgehen wird von der CSU-Fraktion aus den angeführten Gründen für falsch und unangemessen gehalten.

Johannes Bernhard wendet sich an die SPD-Fraktion und möchte wissen warum „baldmöglichst“ eine Bürgerversammlung und –abstimmung stattfinden soll. Er möchte wissen, warum solch eine Eile notwendig ist.

Folgende Fragen werden von ihm in den Raum gestellt:

- a) Soll die Kommunalwahl im Jahr 2020 entfallen?
- b) Steht Glattbach kurz vor der Insolvenz?
- c) Will die Bürgerinitiative Rückversicherung der Bürger, ob sie zur Kommunalwahl antreten soll?

Er beantwortet diese Fragen wie folgt:

- a) Ein Entfall der Kommunalwahl ist illusorisch, Glattbach wird einen neuen Bürgermeister und einen neuen Gemeinderat auf jeden Fall wählen.
- b) Die Verschuldung Glattbachs liegt unter dem Landesdurchschnitt.
- c) Die Bürgerinitiative sollte den Schneid haben und die Bürger im Wahlkampf informieren und überzeugen.

Des Weiteren nimmt er Bezug auf die Aussage in der Begründung des SPD-Antrags „wie wichtig sich der Gemeinderat selbst sieht“. Er ist schockiert, dass die SPD-Fraktion die Vorurteile aus kürzester Vergangenheit nähren und den Verdruss in den Gemeinderat damit fördern.

Von Johannes Bernhard wird dann auf das Positionspapier von Siegfried Streck eingegangen, welches dem SPD-Antrag zu Grunde liegt. Hier wurden Einnahmen von 3,5 Mio. und Ausgaben für die Kreisumlage von 1,4 Mio. Euro benannt. Die Kreisumlage wäre bei einer Eingemeindung nicht mehr fällig und könnte demzufolge lt. Herrn Streck umgehend in Glattbach investiert werden. Johannes Bernhard führt aus, dass Herr Streck als ausgewiesener Fachmann gilt, auf dessen Zahlenwerk die SPD sich in ihrem Antrag explizit bezieht. Er mahnt, man hätte die Zahlen überprüfen sollen. Beide Annahmen enthalten Fehler.

Bei den Einnahmen unterschlägt Herr Streck 800.000 € (Schlüsselzuweisung, pauschale Finanzzuweisung und Anteile aus der Umsatzsteuer), somit hat Glattbach 2019 Einnahmen von 4,3 Mio. € und nicht wie behauptet 3,5 Mio. €, nachweisbar im Haushalt.

Zur Kreisumlage führt er aus, dass die kreisfreie Stadt Aschaffenburg keine Kreis- aber eine Bezirksumlage bezahlt. Im Jahr 2019 sind dies rd. 19 Mio. € (rd. 275 €/Einwohner) – umgerechnet auf die Bevölkerung Glattbachs wäre dies knapp 1 Mio. €. Um diesen Betrag erhöht sich die Bezirksumlage nach einer Eingemeindung. Dieser steht deshalb nicht für Investitionen in Glattbach zur Verfügung.

Zusammengefasst sind dies 800.000 € mehr Einnahmen und 1 Mio. € weniger für Investitionen, wie von der Bürgerinitiative und dem ehemaligen Geschäftsleiter Herrn Streck behauptet.

Johannes Bernhard ist der Meinung, dass hierdurch hervorgeht, dass das Thema komplex ist und es unseriös wäre schon im Mai ohne Not und Zeitdruck eine Bürgerbefragung abzuhalten.

Er verweist auf den Brexit und gibt zu bedenken, dass eine übereilte Abstimmung – wie von der SPD beantragt – unverantwortlich wäre.

Pro Glattbach bekennt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht für oder gegen eine Eingemeindung nach Aschaffenburg. Die Diskussion und Bürgerbeteiligung ist im Zuge des Kommunalwahlkampfes zu führen.

Folgender Vorschlag wird zur Diskussion gestellt:

- a) Von der Verwaltung soll das Verfahren ermittelt werden (Beteiligte, Verfahrensschritte, finanzielle Rahmenkennzahlen)
- b) Das Ergebnis ist dem Gemeinderat vorzustellen und auf der Homepage der Gemeinde zu veröffentlichen.
- c) Eine offizielle Bürgerversammlung zum Thema Eingemeindung soll es nicht geben.
- d) Inhaltliche Diskussionen pro und contra sollen die Bewerber im Rahmen des Wahlkampfes führen und die Bürger überzeugen.
- e) „Bürgerbefragung“ ist dann die Kommunalwahl,

Der Antrag der SPD wird deshalb von der Fraktion Pro Glattbach abgelehnt, nicht zuletzt auch wegen der falschen finanziellen Fakten auf denen er fußt.

Dem CSU-Antrag werden sie nur teilweise zustimmen, eine Bürgerinformation wird befürwortet, eine Diskussion zur Leistungsfähigkeit aber abgelehnt.

Philip Dean Kruk – De la Cruz hält es für wesentlich, dass offen – alle Argumente für und wider getauscht und gegenseitig die Argumente anerkannt werden. Er stimmt einer Bürgerversammlung zu, eine Abstimmung zur Europawahl im Mai hält er für bedenklich, da der Zeitrahmen zu knapp gewählt ist. Es muss gemeinsam eine Meinung gebildet und entschieden werden. Seiner Meinung nach könnte vieles für eine Zustimmung sprechen, insbesondere die gesellschaftliche Entwicklung die u. a. dazu führt dass sich viele Bürger und Bürgerinnen nicht mehr an Gemeinschaftsprojekten beteiligen lässt den Schluss zu, dass es hier eine breite Zustimmung geben kann. Gerade deswegen darf es erst mal kein „entweder/oder“ geben, sondern – wir müssen uns damit beschäftigen!

Auch die Stadt wird sich seiner Meinung nach mit den gleichen Themen beschäftigen. Die langfristigen Ausgaben beziehen sich auf die Daseinsvorsorge der Gemeinde.

Die Einnahmen sind überschaubar. Man sollte überlegen welche Folgen eine Überalterung mit wegbrechender Einkommenssteuer hat. Fraglich ist ob junge Familien in der Gemeinde bleiben. Außerdem reist er folgende Themen an:

Bleibt die lokale Identität erhalten, wird sie geschwächt oder gestärkt?

Was bedeutet die Entscheidung für die Vereine?

Was bedeutet die Entscheidung für das gesellschaftliche Leben?

Auch ein Gebührenvergleich sei wichtig.

Er schlägt vor, dass man miteinander reden sollte.

Von Tobias Breitinger wird ausgeführt, dass er den Antrag der SPD vollumfänglich unterstützt. Eine Abstimmung schon bei der Europawahl wäre wünschenswert.

Er erinnert, dass der Gemeinderat von den Glattbacher Bürgern bis März 2020 gewählt sei, deshalb sollte man sie mit einbeziehen.

Für Tobias Breitinger ist fraglich, ob sich die Gemeinde Glattbach ihre Selbständigkeit vom Staatsministerium des Innern vorschreiben lassen muss.

Von der Verwaltung wird noch einmal erläutert, dass die beantragte Bürgerabstimmung gem. Art. 11 Abs. 4 GO ein Verfahrensschritt zur Eingemeindung darstellt und dieser voraussetzt, dass beide Gemeinden eine Eingemeindung befürworten. Eine unverbindliche Bürgerumfrage wäre möglich.

Johannes Bernhard mahnt, man müsse bei der Antragsformulierung aufpassen. Er regt an, dass die SPD ihren Antrag abändert und eine unverbindliche Bürgerumfrage fordert.

Anneliese Euler äußert, dass die von Herrn Streck genannten Zahlen keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben. Ihrer Ansicht nach ist die freie Finanzspanne schon seit Jahren zu gering, zur Verdeutlichung verliest sie die Erläuterung des nichtöffentlichen Workshops aus dem Jahr 2011. Sie ist der Meinung, dass Visionen in Glattbach nur durch private Investoren verwirklicht werden. Gerade die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge verschlechtert die finanzielle Situation der Gemeinde. Sie berichtet, dass es sie in den dreißig Jahren als Gemeinderätin immer gestört habe, dass die Gemeinde mit der geringen freien Finanzspanne haushalten musste. Jetzt wäre ihrer Meinung nach der Zeitpunkt da etwas zu ändern. Man sollte das Thema nicht verschleppen.

Bürgermeister Fridolin Fuchs berichtet, dass sich in den letzten dreißig Jahren in Glattbach einiges entwickelt hat. Gerade deshalb sei Glattbach eine begehrte Wohngemeinde.

Von Kurt Baier wird noch einmal darauf hingewiesen dass in der heutigen Sitzung nur über die Anträge zu entscheiden ist. Man sollte eine Diskussion bei einer Bürgerversammlung führen. Er bedauert, dass derzeit vieles schlecht geredet wird und es eine andere Art und Weise bedarf miteinander umzugehen. Er wiederholt nochmals, dass zunächst eine Bürgerinformation erfolgen sollte und im nächsten Schritt erst eine Abstimmung vorgenommen werden kann.

Johannes Bernhard erinnert, dass in Aschaffenburg und in Glattbach jeweils ein neues Gremium mit Bürgermeister gewählt wird. Aufgrund dessen fehlt derzeit der Verhandlungspartner.

Von Anneliese Euler wird darüber informiert, dass die Bürgerinitiative bereits mit einzelnen Mitgliedern des bestehenden Gremiums in Aschaffenburg Gespräche geführt hat und die Meinungen positiv waren.

Johannes Bernhard verweist erneut auf die Kommunalwahl im nächsten Jahr und hat kein Verständnis für die übereilte Abstimmung mit Halbwissen.

Kurt Baier sieht es als Pflichtaufgabe der Gemeinderäte die Bürgerinnen und Bürger richtig und umfassend zu informieren. Die Entscheidung habe weitreichende Konsequenzen. Über die Konsequenzen sollte erst im Zuge einer Infoveranstaltung berichtet werden.

Auch für Klaus Däsch ist der angedachte Abstimmungstermin viel zu früh.

Ursula Maidhof warnt davor die Bürger in der Eile zu verunsichern. Eine Entscheidung kann ihrer Meinung nach nicht mehr vor der Kommunalwahl getroffen werden.

Nach eingehender Diskussion fasst der Gemeinderat folgende Beschlüsse:

1. Der SPD-Antrag, baldmöglichst eine Bürgerversammlung zum Thema "Glattbach nach Aschaffenburg" einzuberufen, um die Bürger/innen über die Zukunftsperspektiven der Gemeinde zu informieren und den Bürger/innen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben um auf diese Weise ein Meinungsbild in der Gemeinde zur Zukunft Glattbachs zu erreichen, wird abgelehnt.

Abstimmung: 5 : 7

2. Auch der zweite Antrag der SPD-Fraktion, im Zuge der Europawahl am 26. Mai 2019 eine Bürgerabstimmung im Sinne des Art. 11 Abs. 4 der Gemeindeordnung über die Frage vorzunehmen, ob eine Eingemeindung von Glattbach in die kreisfreie Stadt Aschaffenburg befürwortet wird, wird abgelehnt.

Abstimmung 3 : 9

3. Der Gemeinderat stimmt dem CSU-Antrag, dass die Verwaltung der Gemeinde Glattbach, in geeigneter Form und unter Hinzuziehung von sachkundiger und neutraler Expertise, die Leistungsfähigkeit der Gemeinde Glattbach – insbesondere im Hinblick auf die zukünftig zu leistenden Aufgaben – der Glattbacher Öffentlichkeit darstellt, und zur inhaltlichen Diskussion einlädt, zu.

Weiterhin sollen die rechtlichen Grundlagen und Notwendigkeiten erörtert werden, die einen solchen Schritt begründen könnten und dafür notwendig wären.

Alle möglichen weiteren Veranlassungen können nach dieser Darstellung und Diskussion ggf. durch den Gemeinderat beraten und beschlossen werden.

Ein Votum im Zuge der Europawahl wie von der SPD gefordert, wird – unter anderem – schon aus Gründen der nicht ausreichenden Zeit, die erforderlichen Informationen ausreichend darzustellen und die dazu notwendigen Diskussionen zu führen, abgelehnt.

Abstimmung: 8 : 4

4. Der Vorschlag der Fraktion Pro Glattbach wird vom Gemeinderat abgelehnt.

Abstimmung: 3 : 9

8. Organisation Adventsmarkt 2019; Schreiben von der Pfarreiengemeinschaft Glattbach – Johannesberg vom 22.03.2019

Die Pfarreiengemeinschaft Glattbach – Johannesberg hat mit Schreiben vom 22.03.2019 (Eingang am 25.03.2019) mitgeteilt, dass weder der gemeinsame Pfarrgemeinderat Glattbach – Johannesberg noch das Kirchenteam Glattbach in diesem Jahr in der Lage sein wird die Hauptorganisation und die Verantwortlichkeit am Adventsmarkt zu übernehmen.

Die Unterstützung bei der Organisation und Durchführung mit dem vorhandenen Wissen, dem vorhandenen Material und den zur Verfügung stehenden Kräften wird von Seiten der Pfarreiengemeinschaft Glattbach – Johannesberg angeboten. Auch eine Teilnahme am Adventsmarkt wird signalisiert.

Aufgrund der lange noch verbleibenden Zeit ist der Gemeinsame Pfarrgemeinderat Glattbach – Johannesberg und das Kirchenteam Glattbach zuversichtlich, dass hier eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden kann, um eine so große Tradition und wertgeschätzte Veranstaltung erhalten zu können.

Bürgermeister Fridolin Fuchs könnte sich vorstellen, dass die Organisation in diesem Jahr von der Gemeindeverwaltung übernommen wird, da u. a. der Adventsmarkt die Dorfgemeinschaft in Glattbach prägt.

Ursula Maidhof hofft, dass die Fußstapfen vom Organisationsteam nicht all zu groß sind und der Organisationsaufwand für die Gemeinde überschaubar und tragbar ist. Sie appelliert an alle Standbetreiber, dass sich möglichst viele beim Auf- und Abbau beteiligen sollten.

Stefan Parr warnt davor davon auszugehen, dass die Organisation nach einem Jahr – wie im Schreiben titulierte – wieder von der Pfarrei übernommen wird. Er schlägt vor einen „Runden Tisch“ zu bilden, so könnte sich aus einigen Standbetreibern ein neues Organisationsteam bilden.

Philip Dean Kruk – De la Cruz stimmt seinem Vorredner zu. Der Adventsmarkt ist für das gemeinschaftliche Miteinander im Ort wichtig.

Andrea Lebert meldet sich im Zuhörerraum. Der Gemeinderat erteilt ihr daraufhin das Wort. Sie berichtet, dass insbesondere folgende Aufgaben auf die Gemeinde zukommen werden:

- Einladung der Standbetreiber zu einem Absprachegespräch
- Materialien für die einzelnen Stände werden durch Spenden finanziert
- Während dem Adventsmarkt muss der Hauptorganisator dauerhaft anwesend sein

Die Hauptorganisation und die Verantwortlichkeit am Adventsmarkt kann aufgrund fehlender ehrenamtlicher Helfer im Jahr 2019 nicht übernommen werden.

Ursula Maidhof regt an, dass die Ministranten zukünftig wieder den Gewölbekeller während des Adventsmarktes bewirtschaften.

Der Gemeinderat fasst folgenden Beschluss:

Die Hauptorganisation des Adventsmarktes wird im Jahr 2019 von der Gemeinde Glattbach übernommen.

Abstimmung: 12 : 0

9. Bauanträge;

Da es sich um persönliche Einzelinteressen handelt, wird von einer Veröffentlichung abgesehen.

10. Bericht Bürgermeister

- Bürgermeister Fridolin Fuchs teilt mit, dass am Mittwoch, 10.04.2019 ein Klimaschutz-Aktionstag im Kindergarten Storchennest im Rahmen des Energiecoaching stattfindet.
- Am 14.03.2019 hat ein Gespräch mit Förster Schiller und Forstsachverständigen Paul Gerlach zum Thema freiwilliger Waldtausch stattgefunden. Herr Gerlach hat von seinen Erfahrungen berichtet und die Vorgehensweise des freiwilligen Waldtauschs erläutert.
 1. Formloser Antrag beim Amt für ländliche Entwicklung stellen.
 2. Durchführung einer Bürgerversammlung um die Bürgerinnen und Bürger zu informieren (Termin vermutlich im Oktober 2019)
 3. Gründung eines Arbeitskreises
 4. Gespräche mit Privatwaldbesitzern führen
 5. Abschluss von TauschvereinbarungenDie Verwaltung wird nun in einem nächsten Schritt Kontakt mit dem Amt für ländliche Entwicklung aufnehmen.
- Zum Thema Generalsanierung Schule fand am 15.03.2019 ein Gespräch mit dem Architekturbüro Ritter & Bauer aus Aschaffenburg statt, welches auf Schulsanierungen spezialisiert ist.
Ebenfalls wurde ein erstes telefonisches Gespräch mit dem Büro Guntau & Kunz aus Kitzingen geführt, welches u. a. die Projektsteuerung für solche Baumaßnahmen übernimmt. Herr Kunz wird sich demnächst bei der Gemeinde Glattbach melden, wenn er wieder im Kreis Aschaffenburg unterwegs ist. Von beiden wurde jedoch empfohlen, zunächst ein Gespräch mit der Regierung von Ufr. zu führen. Grundlage für die Durchführung der Grundlagenermittlung im Zuge der Planung ist das Vorliegen eines Raumkonzepts, welches von der Regierung zu genehmigen ist.
- Er berichtet, dass mit Schreiben vom 28.03.2019 der Antrag auf Auszahlung des zweiten Abschlags zum Investitionszuschuss des Roncalli-Zentrum-Umbaus in Höhe von 240.000 Euro einging. Nach Rückgabe der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan nach Genehmigung durch die Rechtsaufsicht und anschließender Veröffentlichung im Amts- und Mitteilungsblatt wird die Gemeindekasse angewiesen den Betrag auszuführen.
- Fridolin Fuchs informiert, dass der Sturmschaden am Feuerwehrgerätehaus von der Gebäudeversicherung nicht erfasst wurde, die Arbeiten wurden an die Fa. Schuck vergeben. (Angebotspreis: 3.107,11 €)
Die Versicherungsleistung wird angepasst.
- Zum Beschluss „Aufstellung von Sicherheitspfosten im Bereich der Hauptstraße 4-8“ aus der letzten Gemeinderatssitzung wird mitgeteilt, dass die Haftungsfrage durch den gemeindlichen Anwalt überprüft wurde.

Die „Sicherheitspfosten/Poller“ können seit dem 01.09.2009 nicht mehr als Verkehrseinrichtung im Sinne des § 43 StVO betrachtet werden. Gemäß § 32 Satz 1 StVO ist es verboten, Gegenstände auf Straßen zu bringen, wenn dadurch der Verkehr gefährdet oder erschwert werden kann. Dies steht jedenfalls bei im befahrbaren öffentlichen Straßenraum aufzustellenden „Sicherheitspfosten“ zu befürchten. Der Beschluss, derartige Sicherheitspfosten in der Hauptstraße aufzustellen, dürfte folglich rechtswidrig sein. Mitglieder des Gemeinderates werden bei der Beschlussfassung als Beamte im haftungsrechtlichen Sinne tätig. Die Gemeinde haftet daher, wenn Dritten hieraus ein Schaden entsteht. Wird die Gemeinde in Anspruch genommen, hat sie den Beamten, der vorsätzlich oder grob fahrlässig handelt in Regress zu nehmen. Die Haftung gegenüber der Gemeinde ist auch nicht ausgeschlossen, wenn das Abstimmungsverhalten selbst eine vorsätzliche Pflichtverletzung darstellt. Vor diesem Hintergrund ist eine persönliche Haftung des Bürgermeisters jedenfalls nicht auszuschließen.

Demnach werden keine Sicherheitspfosten in der Hauptstraße installiert. Die bisher vorhandenen sind folglich auch zu entfernen.

- Die Gemeinde Glattbach sucht für die Europawahl am 26.05.2019 Wahlhelfer. Die Gemeinderatsfraktionen werden gebeten, Personen mitzuteilen.
- Bürgermeister Fridolin Fuchs berichtet, dass die Geschäftsleiterin Sandra Ruhs heute zum letzten Mal bei der Gemeinderatssitzung teilnimmt, da Stefanie Sauer ab Mai wieder aus der Elternzeit zurückkehren wird. Sandra Ruhs wird dann wieder in die Finanzverwaltung wechseln. Er bedankt sich bei ihr für die geleistete Arbeit.

Hinweise und Anregungen von Gemeinderatsmitgliedern

Tobias Breitinger regt an das Parkraumkonzept zeitnah im Bauausschuss zu beraten, um Abhilfe für Gefährdungsstellen (z.B. Hauptstraße 4-8) zu schaffen.

Hinweise und Anregungen von Bürgern

Ein Bürger möchte wissen mit welcher Kostenhöhe hinsichtlich Neubau eines Feuerwehrgereätehauses zu rechnen ist.

Von Bürgermeister Fridolin Fuchs wird auf die in der bisherigen Diskussion genannten Kostenhöhen hingewiesen.

Weiterhin möchte der Bürger wissen, warum die Verschuldung zum 31.12.2018 lt. Handout der letztjährigen Bürgerversammlung bei 1.443 €/Einwohner lag und nun in der Presse eine Pro-Kopf-Verschuldung von 552 € zu lesen war.

Die Kämmerin Mirjam Däsch-Schmachtel erläutert, dass der im Handout zur Bürgerversammlung genannten Pro-Kopf-Verschuldung die Planzahlen des Haushalts 2018 zugrunde gelegt wurden.

Der in der Presse genannten Pro-Kopf-Verschuldung von 552 € liegen die Ist-Zahlen zum 31.12.2018 zu Grunde.

Die öffentliche Sitzung ist um 22.30 Uhr beendet.

Die vorstehend veröffentlichte Niederschrift hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Soweit Tagesordnungspunkte persönliche Einzelinteressen betreffen, wird nur kurz das Beschlussergebnis bekannt gegeben oder von einer Veröffentlichung abgesehen.